

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU**Kinder vor Vernachlässigung schützen**

Bremen verfügt über ein gut entwickeltes System zur Sicherung des Kindeswohls. Trotz funktionierender Vernetzung der verschiedenen Hilfesysteme kann nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden, dass in Einzelfällen die Vernachlässigung von Kindern zu spät bemerkt wird. Um ein solches Risiko weiter zu mindern, müssen neben einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit für mögliche Vernachlässigungsfälle die existierenden Hilfesysteme ergänzt und noch besser aufeinander abgestimmt werden. Gemeinsam mit der Gesundheitsvorsorge kommt präventiven – darunter besonders aufsuchenden – Hilfeangeboten eine hohe Bedeutung zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sicherzustellen, dass der Informationsfluss zwischen Krankenhäusern, Hebammen, Familienhebammen, Kinderärzten, Sozialpädagogischer Familienhilfe, Jugendämtern und anderen beteiligten Akteuren gewährleistet ist, insbesondere auch bei Wohnungswechseln durch die Familien;
2. zu prüfen, ob langfristig ein einmaliges Aufsuchen von Familien mit Neugeborenen entsprechend der niederländischen Praxis als Regelangebot der gesundheitlichen und sozialen Prävention eingeführt werden kann;
3. sicherzustellen, dass alle Kinder, die nicht an den Vorsorgeuntersuchungen (U1 bis U7) teilgenommen haben, bei Aufnahme in den Kindergarten ärztlich untersucht werden;
4. zu gewährleisten, dass bei allen Kindern, die nicht im Kindergarten angemeldet werden, eine aufsuchende Familienhilfe tätig wird. Sie soll, falls erforderlich, auf Angebote gesundheitlicher Vorsorgeuntersuchungen hinweisen und gegebenenfalls Hilfs- und Unterstützungsangebote unterbreiten, um so das Kindeswohl zu sichern;
5. zu prüfen, ob eine Nachbetreuung von Risikofamilien, die in den ersten beiden Lebensjahren eines Kindes Hilfen durch die sozialpädagogische Familienhilfe bekommen haben, optimiert und bis zum Kindergartenalter ausgebaut werden muss, um das Kindeswohl verlässlich zu sichern;
6. eine Initiative zu ergreifen, gemeinsam mit den Krankenkassen ein wirkungsvolles Anreizsystem zu entwickeln, welches die Teilnahme an Untersuchungen U1 bis J1 honoriert.

Margitta Schmidtke, Edith Wangenheim,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Michael Bartels, Karl Uwe Oppermann,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU